Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 614, 964, 965, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1580.
Geschäftsstelle: Hansa 1002, 3348, 3394.

Preis für die Einzelnummer Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 397. Montag, 18. August 1919. Abend-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Ausdehnung der türkischen Anleihnung.

Eigene Drahtmeldung.

A. Zürich, 18. August.

Die Lage in Kleinasien wird von dem Saloniker Berichterstatter der „Perseveranza" als für den Verband keineswegs unbedeutlich geschildert. Die schnell um sich greifende Unabhängigkeitsbewegung Kemal Paschas wird danach bald auch Anatolien umfassen und vielleicht auf Konstantinopel übergreifen, sofern die Verbündeten nicht geeignete Maßnahmen dagegen ergreifen. Der Berichterstatter meint, der Ausstand in Kleinasien sei die natürliche Folge der Konferenzirrtümer gewesen. Daß man gerade die verhaßten Griechen ermächtigt habe, den wichtigsten Mittelpunkt des türkischen Reiches zu besetzen, habe in allen Klassen der türkischen Bevölkerung große Erregung hervorgerufen und sei ein Hauptgrund dafür geworden, daß Kemal Pascha seine 300 000 Mann hätte zusammenbringen können. Die Konferenz wäre damit vor eine schwere Frage gestellt. Die Franzosen seien kaum in der Lage, sich auf das Abenteuer eines militärischen Eingreifens einzulassen, und Italien habe alle Ursache, äußerste Zurückhaltung zu beobachten, um seine kleinasiatischen Interessen nicht zu gefährden.

Genf, 18. August. In der „Deux" ruft der Abgeordnete Aubriot wegen Englands persischer Politik die Einmischung der Vereinigten Staaten an, deren Interessen in Kleinasien ebenso bedroht seien, wie die Frankreichs.

Die Gefährdung der ungarischen Deutschen.

Meldung des Ungar. Tel.-Korr.-Bureaus.

Budapest, 17. August.

Der Minister des Aeußern, Lovaszy, hat eine Note an die deutsch-österreichische Regierung gerichtet, in der es heißt:

Mit Bedauern und mit Besorgnis hat die ungarische Regierung von dem Schritte der deutsch-österreichischen Regierung Kenntnis erhalten, wonach diese den Präsidenten der Friedenskonferenz um die Ermächtigung hat, die Ordnung und Ruhe in den westungarischen Komitaten durch Gendarmerie, Volkswehr und Sicherungstruppen sichern zu dürfen. Als Begründung führt die deutsch-österreichische Regierung in ihrer Note an, daß die dort versammelten ungarischen Truppen, deren „Chauvinismus und Gewalttätigkeit" bekannt seien, die deutsche Bevölkerung der westungarischen Komitate dem „Schrecken und Verderben" aussetzen würden. Die ungarische Regierung sieht sich gezwungen, gegen diese Voraussetzung auf das entschiedenste zu protestieren. Sie sieht in dem Schritte der deutsch-österreichischen Regierung eine ernste Gefährdung der seitens der neuen ungarischen Regierung und der gesamten Bevölkerung Ungarns angestrebten freundnachbarlichen Beziehungen zu Deutsch-Oesterreich. Die tendenziöse Behauptung, die ungarischen Truppen würden die deutsche Bevölkerung mißhandeln, muß daher nicht nur aus diesen Gründen auf das entschiedenste verneint werden, sondern auch infolge des Umstandes, daß es sich im gegenwärtigen Falle meist um Offiziersformationen handelt, deren unzweifelhaft tadellose Disziplin und hoher moralischer Wert die Möglichkeit jedes Uebergriffes ausschließen.

Was nun die Zugehörigkeit der von deutschsprechender Bevölkerung bewohnten Gebiete Westungarns betrifft, so würde sich die ungarische Regierung einzig und allein der einem unabänderlichen Beschluß der Versailler Friedenskonferenz beugen müssen, während jede einer derartigen Entschließung vorgreifende gewaltsame Besetzung dieser Gebiete unserseits einen bewaffneten Widerstand zur Folge haben müßte.

Auch steht der eingangs erwähnte Schritt der deutsch-österreichischen Regierung mit ihrer bisherigen Haltung in dieser Frage in auffallendem Widerspruch, da sie bisher den Standpunkt vertreten hat, daß die Entscheidung über das Schicksal dieser Gebiete von einer unbeeinflußten Volksabstimmung abhängig zu machen sei. Die ungarische Regierung muß schließlich auf den peinlichsten Eindruck hinweisen, den das Bekanntwerden des Schrittes der deutsch-österreichischen Regierung auf die gesamte Bevölkerung Ungarns ohne Unterschied der Sprache und politische Gesinnung macht, daß, während die Bevölkerung der westungarischen Komitate vom blutigsten Terror des Bolschewismus heimgesucht war und Hunderte unter entsetzlichsten Grausamkeiten dem roten Henker zum Opfer fielen, die deutsch-österreichische Regierung sich fortgesetzt jeder Intervention entsalten hat und im gegenwärtigen Augenblick, wo das Land der Regenerierung entgegengeht, sie vor imaginären Gefahren schützen zu müssen glaubt.

Einigkeit zwischen Verbandsgenerälen und Rumänen.

S. Haag, 18. August. (Eigene Drahtmeldung.) Am Sonntag ist von der verbündeten Generalkommission in Budapest ein telegraphischer Bericht in Paris eingelaufen, welcher sich beziehungsweise über die Harmonie zwischen den Generälen und den militärischen Autoritäten Rumäniens ausspricht.

Die beiden bisher unbesetzt gebliebenen Ministerien des Handels und der Ernährung wurden heute besetzt. Zum Handelsminister wurde Franz Heinrich, Vizepräsident der Budapester Handelskammer und Generaldirektor der Oesterreichisch-ungarischen Bank, zum Ernährungsminister der Ingenieur Zsigmond Dicky, Direktor der Wiederversicherungsanstalt ernannt.

Die angebliche Spionageaffäre in Madrid.

Zu der Berliner Blättermeldung aus der Ententepresse von der angeblichen Aufdeckung einer Spionageaffäre in Madrid, in welche auch Mitglieder der deutschen Botschaft verwickelt sein sollen, erfahren wir, daß positive Berichte hierüber aus Madrid noch nicht vorliegen. Da die Nachricht von dem Blatte „El Sol" ausgeht, das vor zwei Jahren mit Ententegeld gegründet wurde, handelt es sich höchstwahrscheinlich um eine Reihe Erfindungen, die dazu dienen sollen, die guten Beziehungen Deutschlands und Spaniens zu trüben.

Polnische Arbeiter beim Wiederaufbau.

Größere Zuwanderung nach Frankreich.

Drahtmeldung

Versailles, 17. August.

Der Sonderberichterstatter des „Temps" in Warschau meldet: Eine anscheinend amtliche, durch die Warschauer Blätter veröffentlichte Note läßt erkennen, daß die Besprechungen zwischen der französischen Regierung und der polnischen Delegation über die Frage der Heranziehung polnischer Arbeiter für die Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten in Frankreich zu einer vollständigen Einigung geführt haben, und daß die Zuwanderung polnischer Arbeiter von größerer Ausdehnung sein wird, als man ursprünglich glaubte.

Die Kommission für Rückerstattung.

Zu dem unter dem 15. d. M. gebrachten Pressebericht, daß Oberbürgermeister Wilms den Vorsitz in der Wako übernommen habe, ist berichtigend zu bemerken, daß die Kommission für Rückerstattung von Maschinen und Material an Belgien und Nordfrankreich (Vorsitz Kommerzienrat Dr. Guggenheimer) bereits seit Uebertragung der allgemeinen Vertretung des Reichsfinanzministers an Ministerialrat v. Stockhammern eine selbständige Stellung einnahm und auch jetzt nicht unter den Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Wilms gestellt wird, sondern unmittelbar unter dem Auswärtigen Amt als selbständige Kommission weiterarbeitet.

Aufschub des belgischen Generalstreiks.

S. Haag, 18. August. (Eigene Drahtmeldung.) Der allgemeine Streik der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbeamten in Belgien, der heute ausbrechen sollte, ist nicht verkündet worden, da das Komitee heute noch Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten hat. Werden die Forderungen nicht genehmigt, so soll Mittwoch mittag der allgemeine Generalstreik proklamiert werden.

Die Vereidigung des Reichspräsidenten.

Die Nationalversammlung hat die feierliche Vereidigung des Reichspräsidenten auf die Verfassung für Mittwoch, den 20. August, elf Uhr vormittags in der Nationalversammlung angesetzt.

Neutrales Befremden über Festhaltung der Gefangenen.

Haag, 17. August. „Het Vaderland" fragt, warum man die deutschen Gefangenen noch immer fern von der Heimat in fremden Diensten nach ihrer Befreiung schmachten ließe. Deutschland habe doch alles getan, was man billigerweise von ihm hätte erwarten können, da es in die harten Friedensbedingungen eingewilligt, den Frieden so schnell wie möglich genehmigt und einen guten Willen bei der Durchführung der Bedingungen bewiesen habe.

Die amerikanischen Pläne gegen Mexiko.

Drahtmeldung.

Wien, 18. August.

Nach einem Funkspruch des Wiener Tel.-Corr.-Bureaus aus Rom wird aus Paris gemeldet: Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko sind gespannter denn je. Die führenden amerikanischen Zeitungen sehen einen Konflikt voraus und erklären, daß Großbritannien seine Einwilligung zur Annexion durch die Vereinigten Staaten gegeben hätte.

S. Haag, den 15. August. (Eigene Drahtmeldung.) Nach amerikanischen Nachrichten hat Carranza den britischen Bevollmächtigten aus Mexiko ausgewiesen und zwar, wie die amerikanischen Blätter hinzufügen, aus Aerger darüber, daß er von England nicht anerkannt wurde. Wie „New York Sun" mitteilt, dürfte diese neue Beleidigung Großbritanniens für Wilson einen Grund geben, in Mexiko einzugreifen.

Ministerkrise in Bulgarien.

S. Haag, 18. August (Eigene Drahtmeldung.) In Bulgarien ist eine Ministerkrise entstanden. Daidowitch hat den Auftrag erhalten, ein neues Kabinett zu bilden, und zwar aus der Mehrheit zusammen mit den Radikalen und Sozialisten. Die Sozialisten sollen im neuen Kabinett drei Sitze erhalten.

Huldigungen für Mannerheim.

St. Helsingfors, 17. August. (Eigene Drahtmeldung.) Mannerheim kehrte vom Sommeraufenthalt gestern hierher zurück. Unterwegs und bei seiner Ankunft in Helsingfors wurden ihm gewaltige Huldigungen seitens der bürgerlichen Bevölkerung dargebracht. In Helsingfors fand eine große Parade des Schutzkorps unter Teilnahme aktiver Truppen statt. Bei seinem Eintreffen wurde Mannerheim auch von vielen Abordnungen und von dem Ministerpräsidenten Pennola begrüßt.

Das neue Wahlsystem für den italienischen Senat.

Lugano, 18. August. In dem mit der Prüfung der italienischen Senatsreform betrauten Ausschuß befürwortete die Mehrheit eine grünliche Reform des Wahlsystems für den Senat. Der öffentlichen Sitzung soll ein Gesetzvorschlag unterbreitet werden, wonach 60 Senatoren auf Lebenszeit vom König ernannt, 60 vom Senat selbst, 60 von der Kammer und 180 vom Volke gewählt werden sollen. Die vom Volke gewählten sollen 12 Jahre im Amte bleiben. Alle 8 Jahre würde die Hälfte neu erwählt. Als Mindestalter der Senatoren gelentt man 35 Jahre festzusetzen.

Spanien im Völkerbund.

Madrid, 17. August. (Havas.) Der König unterzeichnete das Gesetz über den Eintritt Spaniens in den Völkerbund und die Annahme der Bestimmungen des Versailler Vertrages über die Organisation der Arbeit.

Die Zukunft Danzigs.

Von unserem Sonderberichterstatter.

Eigene Drahtmeldung.

Danzig, 18. August.

Die Note, welche die Reichsregierung an den Verband gerichtet hat, und in der die Klärung der Danziger Frage gewünscht wird, entspricht einem Verlangen des Danziger Magistrats, der sich an die Reichsregierung gewandt hat, um unmittelbare Verhandlungen zwischen dem Verband und den Danziger Behörden zu ermöglichen. Die Bestimmungen des Friedensvertrages sprechen von einer Konstituierung der Freistadt Danzig, enthalten aber keinerlei Andeutungen über den Termin, wann das geschehen soll. Diese Lücke hat den Danzigern schweren Schaden zugefügt und macht sich bei allen Unternehmungen, die von Danzig ausgehen, bemerkbar. Im Deutschen Reiche glaubt man, daß Danzig schon jetzt zum Auslande gehört. Man fragt nach den Zollvorschriften, und angesichts der bevorstehenden Geschäfte in Danzig gelangen zahlreiche Anfragen hierher, ob Einzelerlaubnis notwendig sei oder bestimmte Paßvorschriften beständen. Bei Geschäftsabschlüssen geht es den Danzigern in den letzten Wochen besonders schlecht, denn die verschiedensten Firmen betrachten Danzig gleichfalls schon als Ausland, anzuklären ihre Anstriche, machen besondere Zahlungsschwierigkeiten, kündigen die Kredite und lehnen neue Kredite ab. Diese Zustände verschlimmern sich von Tag zu Tag, je länger die Ungewißheit über den Termin der Schlußstande Danzigs besteht. Danzig macht darum alle Anstrengungen, in dieser Richtung Klarheit herbeizuführen, und als vor einigen Wochen der erste offizielle Vertreter des Verbandes, der englische Major Percival von der Ententekommission, in Danzig weilte, um die Wünsche der Danziger kennen zu lernen, ist ihm die Beseitigung dieser Ungewißheit als dringendster Wunsch mit auf den Weg gegeben worden.

Die Paragraphen des Friedensvertrages enthalten, soweit sie Danzig betreffen, auch noch andere Unklarheiten, vor allem ist es die Frage, inwieweit Danzig in den Besitz des deutschen und preußischen Staatseigentums kommt. Dieses Eigentum geht laut Friedensvertrag fast restlos in den Besitz des Verbandes über, der es nach freiem Ermessen entweder an die Polen oder an Danzig abtreten kann. Bei der bekannten Unersättlichkeit der Polen machen diese schon seit Wochen alle Anstrengungen, ihre darauf zielenden Wünsche bei der Entente anzubringen. Polen kann viel gebrauchen und möchte alles Staatseigentum haben, was sich zurzeit in den Mauern Danzigs befindet. Post, Telegraph und Eisenbahn glaubt Polen schon sicher in der Gewalt zu haben, die Reichswerft kann naturgemäß nur den Polen gehören, die technische Hochschule soll polnisch werden, und neuerdings will man auf polnischer Seite auch den Hafen erhalten, daß das Danziger Staatsvermögen dem Staate gehört. Wenn dies der Fall ist, dann muß der Verband natürlich auch das Danziger Stadtheater den Polen zusprechen. Die Danziger sind nicht willens, dieser polnischen Habgier mit verschränkten Armen zuzusehen. Sie legen die Friedensbedingungen zu ihren Gunsten aus und hoffen, daß die Entente das Finanzwesen, das jetzt durch sie entstehen soll, auch lebensfähig macht, und dazu gehört, daß ein erheblicher Teil des staatlichen Eigentums in den Besitz des Freistaates Danzig übergeht.

Der neue Freistaat Danzig wird mit ungeheuren Finanzaufgaben ins Leben treten. Er muß in der Lage sein, durch Industrie und Handel Werte zu schaffen, welche die finanziellen Lasten tragen helfen. Dazu kommt, daß auch die 30 000 Arbeiter, die in den staatlichen Betrieben beschäftigt werden, beunruhigt über ihre Zukunft, immer größere Schwierigkeiten machen. Die Reichsregierung hat schon hinaus aus diesem Grunde eine Note an den Verband gerichtet und gebeten, eine baldige Entscheidung über die Zukunft der Staatsbetriebe in Danzig herbeizuführen. Eine Antwort ist leider noch nicht eingegangen. Ebenso wie mit den staatlichen Einrichtungen, verhält es sich mit den Gebäuden, in denen bis heute die Provinzialbehörden untergebracht sind. Bekanntlich ist Thorn als Hauptstadt der Provinzbehörde Pommerellen in Aussicht genommen. Trotzdem geht das Bestreben der Polen dahin, die Entente zu beeinflussen, daß sie die Danziger Staatsgebäude vorläufig den Polen zur Verfügung stellen soll, da in Thorn und in anderen Orten nicht genügend Raum für die polnischen Behörden vorhanden sei und deshalb Polen eine Reihe seiner Behörden in Danzig unterbringen müsse. Aus diesem Bestreben geht deutlich hervor, daß es den Polen sehr darum zu tun ist, in Danzig festen Fuß zu fassen. Sitzen erst einmal ihre Behörden in Danzig, dann wird es außerordentlich schwer halten, sie wieder herauszubekommen. Aus diesem Grunde herrscht auch in deutschen Beamtenkreisen eine große Beunruhigung, die sich schmend auf das öffentliche Leben legt.

Die Verfassungsfragen beschäftigen die Danziger Bevölkerung schon seit längerer Zeit. Oberbürgermeister Sahm hat nach dem Waffenstillstand im Januar einen Verfassungsausschuß eingesetzt, der in seinen Sitzungen bisher die wichtigsten Tagesfragen behandelt hat, aber zu dem eigentlichen Verfassungswerk noch nicht gekommen ist. Jetzt sind die Sitzungen auf einige Zeit unterbrochen, um den Kommissionen Gelegenheit zur Arbeit zu geben. In der Zwischenzeit will Oberbürgermeister Sahm einen Verfassungsentwurf ausarbeiten, der auf breitester demokratischer Grundlage aufgebaut sein soll. Die einzelnen politischen Parteien beschäftigen sich gleichfalls mit den Verfassungsfragen und haben ihrerseits einen Entwurf ausgearbeitet und den Oberbürgermeister als Material überwiesen. Die politische Fraktion folgt jetzt dem deutschen Beispiel, sie will ihren Entwurf aber nicht dem Danziger Oberbürgermeister, sondern dem kommenden Oberkommissar des Verbandes übergeben, da der Oberbürgermeister nicht im Besitze ihres Vertrauens ist. Der Umstand, daß nicht die Danziger Bürger selbst, sondern der Oberkommissar über die künftige Danziger Verfassung entscheiden wird, läßt die Gefahr auftauchen, daß zurzeit in Danzig unfruchtbare Arbeit geleistet wird, da man nicht wissen kann, ob der Oberkommissar nicht eine fertige Verfassung für den Freistaat mitbringt.

Natürlich wird die Verfassung auch das künftige Verhältnis Danzigs zu Polen regeln. In dieser Beziehung ist man noch völlig im unklaren. Die Danziger sind ehrlich gewillt, mit den Polen im guten Einvernehmen zu leben; sie bauen auf die vielgepriesene Toleranz der Polen und hoffen, daß nach Konstituierung des freien Staates ein ungehinderter Verkehr zwischen Danzig und Polen einerseits und zwischen Danzig und dem Deutschen Reich andererseits bestehen wird. Der Freistaat Danzig muß Eidbogenfreiheit haben, er verlangt für

Deutschnationale Obstruktion.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

K. Weimar, 18. August.

Es ist begreiflich, wenn die Arbeitslust der Nationalversammlung allmählich auf ein sehr tiefes Niveau gesunken ist. Die Arbeitskraft des Hauses sowohl wie der einzelnen Mitglieder ist über Gebühr angestrengt. Nicht nur, daß man gegen alle parlamentarischen Gepflogenheiten die Tagungsdauer über den ganzen Sommer ausdehnt: die Geschäftslage des Hauses macht es auch nötig, die tägliche Arbeitszeit über das hinaus anzuspannen, was man heute als normale zeit über das hinaus anzuspannen, was man heute als normale Arbeitszeit betrachtet. Vormittag und Nachmittag sind jetzt fast mit Sitzungen des Plenums oder der Ausschüsse, und die Fraktionen müssen zu ihren Sonderberatungen schon die frühen Morgenstunden oder noch die späten Abendstunden in Anspruch nehmen. Das Haus hat sich allerdings diesem Uebermaß der Arbeit willig unterzogen. Es hat es getan in dem Bewußtsein, daß das, was vom Hause erledigt werden muß, eine unbedingte Notwendigkeit darstellt, da die zu beratenden Vorlagen einen Aufschub nicht dulden und eine große Gefahr für den Bestand und die Zukunft des Volkes mit sich bringen würden. Trotzdem ist der Besuch des Hauses immer geringer geworden. Wichtige Vorlagen wurden vor fast unbesetztem Hause — oft waren nur 40—50 Mitglieder anwesend — verhandelt. Daß dabei die Gefahr bestand, durch eine bewußte Opposition den Gang der Verhandlungen zu stören, ist klar. Die Opposition braucht nur die Beschlußfähigkeit des Hauses anzuzweifeln, um jede positive Weiterarbeit zu erschweren, wenn nicht gar zu hindern. Bisher hatte weder die Opposition der Rechten, noch die der Linken von diesem Kampfmittel Gebrauch gemacht. In den letzten Tagen jedoch mehrten sich die Anzeichen, daß man auf der Rechten mit der Absicht umging, derartige Schwierigkeiten in Szene zu setzen.

Der heutige Vormittag gab dazu die Gelegenheit. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt der Gesetzentwurf über die Bewilligung eines neuen Kredits von 9 Milliarden. Der Entwurf war dem Hause erst am Sonnabend in später Abendstunde zugegangen, sodaß die Fraktionen keine Gelegenheit mehr gefunden hatten, sich mit ihm zu befassen. Die Deutschnationalen nahmen das als Anlaß, eine Ablehnung des Entwurfs von der Tagesordnung zu beantragen. Die Begründung dieses Antrages durch den Abgeordneten Hugenberg erfolgte allerdings in einer Form, die zu durchschlug war, als daß man annehmen könnte, der Antrag wäre nur von sachlichen Gründen diktiert gewesen. In der schärfsten Form kritisierte Hugenberg die Tätigkeit des Hauses, die er mit fabrikmäßiger Ware bezeichnete. Reichsfinanzminister Erzberger trat dem Antrag scharf entgegen. Er erklärte, der Entwurf müsse unbedingt erledigt werden, falls nicht ein Staatsbankerott drohen sollte, und die Erledigung sei bei der Geschäftslage des Hauses nur möglich, wenn man noch heute den Entwurf an den Ausschuß überweise, sodaß dieser noch heute mit ihm befassen könne. Im Ausschuß stellte Minister Erzberger eine eingehende Besprechung und Begründung in Aussicht. Die Mehrheitsparteien und ebenso die Demokraten stellten sich auf den Standpunkt Erzbergers, während die deutsche Volkspartei und die Unabhängigen dem Antrag der Deutschnationalen zustimmten. Damit war dessen Schicksal besiegelt, obwohl Präsident Fehrenbach selbst riet, den Antrag stattzugeben. Fehrenbach sah voraus, daß die Deutschnationalen bei einer Ablehnung die Beschlußfähigkeit des Hauses anzweifeln und damit Erfolg haben würden. Die Absicht lag auch bei den Deutschnationalen vor. Nur einem Zufall war es zu danken, wenn sie ohne Erfolg blieb. Kurz vor der Abstimmung begab sich der deutschnationale Führer zum Präsidenten Fehrenbach und hatte mit diesem eine Rücksprache; während dessen hatte sich Abgeordneter Hugenberg zur Geschäftsordnung zum Wort gemeldet, um die Beschlußfähigkeit anzuzweifeln. Offenbar wollte Hugenberg jedoch das Ergebnis der Rücksprache Graefes mit dem Präsidenten abwarten. Während Graefe auf seinen Platz zurückging und hier mit Hugenberg sich verständigte, schloß jedoch der Präsident die Aussprache und ließ mit der Abstimmung beginnen. Als nunmehr Hugenberg sich zum Worte meldete, war der Zeitpunkt verpaßt. Die Abstimmung war bereits eingeleitet, sodaß eine Anzweiflung der Beschlußfähigkeit des Hauses nach der Geschäftsordnung der Nationalversammlung keinen Einfluß mehr auf sie haben konnte. Der Antrag der Deutschnationalen wurde gegen die Stimmen der Partei selbst, sowie der Deutschen Volkspartei und der Unabhängigen abgelehnt, Damit war die Möglichkeit der Beratung des Kreditentwurfes gegeben, die sich dann auch ohne weitere Schwierigkeiten erledigte.

Es ist also nur einem Zufall zu danken, wenn diesmal die Obstruktion der Rechten ergebnislos blieb. Trotzdem wird man wohl darauf rechnen müssen, daß die Rechte in den nächsten Tagen bei Entwürfen, die ihnen nicht genehm sind, das gleiche Mittel und dann vielleicht mit Erfolg anwenden wird. Es würde auf diese Weise ins Belieben der deutschnationalen Opposition gestellt sein, eine weitere Arbeit des Hauses zu hindern, denn ein beschlußfähiges Haus zusammenzuhalten, wird den Regierungsparteien heute nicht mehr möglich sein. Ihre Reihen weisen so große Lücken auf, daß sie eine Bürgschaft für eine Beschlußfähigkeit des Hauses nicht mehr schaffen können. Dieser Umstand gibt der Opposition eine scharfe Waffe in die Hand, die sie, wie es scheint, nunmehr auszunutzen gewillt ist.